

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abnahme in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Voraus, bei Zahlung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,40 Mk. Die Postämter sind verpflichtet, das „Wilsdruffer Tageblatt“ zu abonnieren. Die Postämter sind verpflichtet, das „Wilsdruffer Tageblatt“ zu abonnieren. Die Postämter sind verpflichtet, das „Wilsdruffer Tageblatt“ zu abonnieren.

Verleger: Wilsdruff & Co. in Dresden. Druck: Wilsdruff & Co. in Dresden. Die Wilsdruffer Druckerei in Dresden. Die Wilsdruffer Druckerei in Dresden. Die Wilsdruffer Druckerei in Dresden.

Nr. 48. — 86. Jahrgang. Teleg.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 26 Februar 1927

## Boreilige Leute.

Es gibt Leute unter uns, die es nicht erwarten können. Ist wieder einmal ein E- in der eine Entscheidung gelungen, die uns die Ohren spigen läßt, die uns weite Horizonte in neue Möglichkeiten für neue Menschen- geschlechter eröffnet, gleich kommen sie und möchten am liebsten, was vielleicht erst in Jahrzehnten praktisch auszuwerten sein wird, schon für heute und morgen in bare Münze umprägen. Phantasie ist gewiß eine schöne Sache, aber man kann auch auf diesem Gebiete des Guten zu viel tun und man läuft Gefahr, durch Vortäuschung von Sprünge in unserer technisch-wirtschaftlichen Entwicklung Serulungsschönung gegenüber denjenigen Leistungen zu erzeugen, die den Boden der gegebenen Tatsachen unter den Füßen behalten.

Noch gar nicht lange ist es her, daß menschliche Stimmen über den Kanal hinweg zueinander zu dringen vermochten, daß Berlin und London sich in direktem Gespräch verständigen konnten, als lägen nur wenige Meilen und nicht Tausende von Kilometern zwischen ihnen. Damit glaubte man bis auf weiteres einen Höhepunkt der Herstellung telephonischer Verbindungen erreicht und es erregte schon ziemliches Aufsehen, als dieser Tage, vermutlich aus Anlaß der bevorstehenden Eröffnung der neuen Leipziger Frühjahrsmesse, ein sogenanntes Propagandabesprechungsamt zwischen Leipzig und Birmingham veranstaltet wurde, bei dem sich auf der einen Seite die offiziellen Sprecher der Birminghamer Handelskammer, auf der anderen die Mitglieder des Leipziger Messenamtes allerhand für die Verbreitung und für weitere geschäftliche Ausnutzung bestimmte Freundlichkeiten sagten. Aber bald kam eine neue Nachricht: man hörte von Versuchen einer telephonischen Verständigung zwischen London und New York; also sollte auch der Große Teich durch Fernsprechtabel überbrückt werden, wie er ja schon längst von Telegraphenleitungen verschiedener Nationen durchzogen war. Und wirklich, die Versuche haben stattgefunden und in der Hauptsache einen ausgezeichneten Verlauf genommen. Zunächst allerdings nur in der Beschränkung auf Börsengespräche in bestimmten Tagesstunden, aber der Anfang ist gemacht und so werden weitere Fortschritte nicht lange auf sich warten lassen. In der Tat wird auch bereits auf Frankfurt a. M. berichtet, daß Beamten des dortigen Fernsprechamtes von dem Personal des Londoner Fernsprechamtes in diesen Tagen während des ruhigen Nachtdienstes eine Unterredung mit den Beamten des New Yorker Fernsprechamtes vermittelt wurde. Und hier war die Verständigung so hervorragend, daß das Frankfurter Personal zunächst Zweifel in die Echtheit dieser Verbindung setzte und glaubte, gefälscht oder gefoppt zu werden. Aber die Versuche wurden wiederholt und es blieb danach die letzte Zweifel an der Tatsache zurück, daß man wirklich mit New York gesprochen hatte. Nun wird sorgfältig weiter geprüft werden, ob diese Gespräche zwischen Frankfurt über London nach New York dem allgemeinen Publikum zugänglich gemacht werden können, und so wird man, Schritt für Schritt in der internationalen Verkehrsverbindung auch in dieser Beziehung weiterkommen.

Aber den Leuten, die nichts erwarten können, geht diese Entwicklung offenbar noch viel zu langsam vor sich. Mit einem tüchtigen Federstrich verlängern sie den telephonischen Verständigungskreis kurzerhand um die ganze Erde. Wenn es nach ihnen geht, wird man morgen schon mit Australien und einen, höchstens zwei Tage später mit Tokio und Peking sprechen können, als lägen diese unmittelbar vor den Türen von Europa. Sollte es nicht mit Hilfe von Fernsprechtabeln gehen, so muß es eben drahtlos gemacht werden — wozu anders leben wir im Zeitalter der unbegrenzten Möglichkeiten? Ohne Zweifel, eine herrliche Sache wäre das schon. Dann könnten und zum Beispiel die englischen Zeitungen nicht mehr die Kunde voll vorführen von den schrecklichen Dingen, die sich angeblich in Sibirien jetzt Tag für Tag ereignen, und aus denen die britische Regierung die Verpflichtung oder den Vorwand für ihre umfassenden militärischen Vorkehrungen herleitet, die „natürlich“ nur den Zweck haben, englisches Leben und Eigentum zu schützen. Und wenn in Japan wieder einmal eine Feuersbrunst Hunderte oder Tausende von Holzhäusern vernichtet oder ein Erdbeben die Inseln heimsucht, dann werden auch die amerikanischen Reporter ihrer fabelhaften Phantasie einige Jügel anlegen müssen, aus Furcht vor der unvermeidlichen telephonischen Kontrolle, die ihren verwegenen Behauptungen dann auf dem Fuße folgen könnte. Aber bis wir soweit sind, werden wohl doch einige Jahre oder Jahrzehnte vergehen, auch wenn die kurzen Wellen, deren man sich jetzt mit Vorliebe bei allen diesen Versuchen bedient, noch so erstaunliche Leistungen zutage bringen.

Als der Präsident der Vereinigten Staaten jetzt vom Weißen Haus in Washington aus das Gedächtnis des Mannes feierte, dem die amerikanische Union ihr heiliges Dasein zu verdanken hat, da hat man in Deutschland, selbst in Berlin mit den besten Apparaten nur allenfalls einige Geräuße vernommen, oder, wenn

## Besprechungen über ein englisch-polnisches Bündnis?

### Englisch-polnische Verhandlungen in Danzig.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Danzig, 25. Februar. Die „Danziger Landeszeitung“ berichtet dieser Tage von englisch-polnischen Verhandlungen in Danzig. Das offizielle polnische Organ in Danzig, die „Baltische Presse“, bezeichnet diese Nachricht als Stomanschpöpsel. Demgegenüber bleibt die „Landeszeitung“ bei ihrer Behauptung und erklärt, daß in letzter Zeit tatsächlich Angehörige des englischen Generalstabes in Danzig gewesen seien und Verhandlungen mit polnischen Stellen zur Anbahnung engerer Beziehungen zwischen Polen und England gepflogen hätten, die sich nicht bloß auf handels- und wirtschaftspolitische Fragen bezögen, sondern auch, und vielleicht in erster Linie, auf ein Militärbündnis gerichtet seien.

### Die Auffassung in Berlin.

Berlin, 25. Februar. In der englisch-russischen Spannung sieht man hier eine ernste Bedrohung des Weltfriedens. Für uns Deutsche sagt die „Tägliche Rundschau“, ist diese Tatsache besonders ernst. Wenn man sieht, wie eifrig England bestrebt ist, sich Polens und Litauens als Helfer für eine etwaige Auseinandersetzung mit Rußland zu verschern, und wenn man ferner sieht, wie bedenkenlos man in England Polen Schutzbotenstellen gegen Rußland leistet, weil man es als Springer in der Schackpartie mit Rußland verwenden zu können glaubt, so ist die Gefahr, daß wieder zum Kriege zwischen den Mächten werden könnten, ohne weiteres erkennbar. Wir Deutschen haben also allen Grund, wachsam zu sein und die weitere Entwicklung der Dinge sehr aufmerksam zu beobachten.

## Die Sicherheit der polnischen Grenzen

Ein Schantrag im Warschauer Sejm.

Im Heredesauschuss des Polnischen Landtages wurde ein vom Nationaldemokratischen Volksverband eingebrachter Antrag beraten, in dem die Regierung aufgefordert wird, dem Landtag über die Sicherheit der Grenzen der Republik im Zusammenhang mit einem drohenden deutschen Überfall (!) Bericht zu erstatten. Während der Aussprache im Ausschuss war kein Regierungsvertreter anwesend.

Der Antragsteller, der nationaldemokratische Abgeordnete Salusti, äußerte aus, daß die neuen deutschen Besetzungen in Ostpreußen, Posen und Schlesien gegen die polnische Hauptstadt und Warschau, die in Frankfurt a. d. O. und Küstrin gegen Großpolen und die von Glogau gegen Kattisch und Lodz gerichtet seien. Das Festungssystem sei gegen Polens Hauptstadt und den polnischen Zugang zum Meer errichtet. Der Antragsteller fragt deshalb den Regierungschef, was er in politischer und militärischer Hinsicht getan hätte, um Deutschland die Durchführung seiner Überfallpläne auf Polen (!) zu erschweren, welche

Mittel angewendet worden seien, um angesichts der Drohung eines Überfalls oder einer neuen Teilung die Kräfte der Nation zu stärken. Die Drohung eines deutschen Überfalls werde bisher in Polen nicht mit dem genügenden Ernst behandelt.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Rosinowski drückte Zweifel aus, ob sich eine solche Frage schon mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Wahrung eines militärischen Geheimnisses zur öffentlichen Erörterung eigne.

Der Sprecher der christlichen Demokraten, Abg. Domrowski, war der Ansicht, daß die polnische Regierung nach Demasierung der deutschen Annexionsabsichten mit einem Programm des Ausbaues von Schutzpunkten an der Westgrenze hervortreten sollte. Endlich müsse die Regierung mit einem Gesetz über die Organisation der Nation im Kriegsfall hervorkommen.

Der nationaldemokratische Abg. Szabzewicz führte noch aus, daß die Taktik des Verschweigens zu nichts führe. Allein die Nichtanwesenheit der Regierungsvertreter in der heutigen Ausschusssitzung könne dahin verstanden werden, daß die Regierung sogar in der Frage der Sicherheit der Besitzungen sich mit den Volksvertretern nicht verständigen könne.

„Nasz Przegląd“ ist der Auffassung, daß Antrag und Verlauf der Aussprache im Ausschuss gezeigt hätten, daß die Nationaldemokraten mit ihrem Antrag auch politische Ziele einer Wahlrechtsreform und einen Angriff auf die Person des Marschalls Pilsudski bezweckten. Die Antragsteller rechneten nämlich damit, daß die Regierung mit Rücksicht auf das militärische Geheimnis Aufklärung verweigere. Dann hätten die Nationaldemokraten Gelegenheit, wegen angeblicher Unfähigkeit Alarm zu schlagen.

## Vor neuen Putzchen in Rowno.

Eigener Fernsprecheinstellung des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Rowno, 25. Februar. Hier sind Gerichte im Umlauf, wonach ein kommunistischer Putsch in Vorbereitung ist. Bereits gestern sind hier erneut sieben Kommunisten verhaftet worden, bei denen Dokumente gefunden wurden, die auf eine Verbindung „unabhängiger“ litauischer Kommunisten mit einer ausländischen Militärmacht deuten. In diesem Zusammenhang gewinnen die schon seit einigen Tagen vorliegenden Nachrichten von einer händigen erböhten Mornbereitschaft in den russischen Militärgürteln an der polnischen Grenze erhöhte Bedeutung. Diese Maßnahme war von sowjetrussischer Seite mit der Notwendigkeit begründet worden, schon in dem Augenblick zuzuschlagen zu können, in dem Polen kommunistische Putschverbände als verstärkte Druckmittel gegen Litauen benutzen würde. Aus früher schon bei russischen Kommunisten gefundenen Druckerzeugnissen geht hervor, daß die Komintern entschlossen ist, ein von Polen belegtes oder auch nur geleitetes Litauen mit allen Mitteln zu verhindern, da ein solches eine Verpflichtung Polens zu Gunsten der englischen Mächte in der Ukraine und im Kaukasus bedeuten würde.

es noch ram, noch vorzuehen können, daß der Klang einer menschlichen Stimme durch die Luft weitergegeben wurde. Aber von einer wirklichen Verständigung war gar keine Rede, und so wird es gut sein, die Hoffnungen und Erwartungen nicht höher zu stimmen, als der gegenwärtige Stand unserer hoch genug entwickelten Technik es rechtfertigt. Unsere Kinder und Kindeskinder werden ja auch noch einige Kulturfortschritte vollbringen wollen.

Dr. Eb.

## Die schwere Operation des Reichstagspräsidenten.

Sein Befinden bisher zufriedenstellend.

Das Befinden des Reichstagspräsidenten Löbe, der sich plötzlich einer Blinddarmpoperation unterziehen mußte, ist nach dem Bericht der ihn behandelnden Ärzte zufriedenstellend. Die Operation, die etwa 2 Stunden gedauert hat, hat ergeben, daß es sich bei dem Reichstagspräsidenten einerseits um ältere Verwachsungen handelt, andererseits um eine frische, aber sehr schwere Entzündung des Blinddarms mit eiternden Belägen. Es war auch schon eine kleine Durchbruchstelle vorhanden, so daß die Gefahr besteht, daß auch das Bauchfell in Mitleidenenschaft gezogen wird. Die Ärzte sind der Hoffnung, daß, wenn keine weiteren Komplikationen austreten sollten, Reichstagspräsident Löbe wiederhergestellt werden wird.

Die Anteilnahme an der Krankheit des Reichstagspräsidenten ist in politischen und parlamentarischen Kreisen allgemein. Reichspräsident von Hindenburg hat dem Reichstagspräsidenten in einem besonderen Schreiben seine besten Wünsche für baldige Genesung ausgesprochen und hat sich durch Staatssekretär Dr. Meißner nach dem Befinden des Erkrankten erkundigen lassen.

Neuchâtel Dr. Marx hat namens der Reichsregierung in einem Schreiben das größte Bedauern zu der schweren Erkrankung ausgesprochen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Reichstagspräsident bald wieder in Gesundheit und Frische seines wichtigen Amtes walten könne. Auch das gesamte diplomatische Korps, zahlreiche Politiker aller Parteien sowie die prominentesten Vertreter von Kunst und Wissenschaft haben ihre Teilnahme an der Erkrankung des Reichstagspräsidenten bezeugt und dem Erkrankten wiederholt telegraphisch die besten Wünsche ausgesprochen.

Als besonders merkwürdig und eigenartig erscheint die Tatsache, daß Reichstagspräsident Löbe an der gleichen Erkrankung operiert werden mußte wie seinerzeit der Reichspräsident Ebert und daß die vollzogene Operation auch bei dem verstorbenen Reichspräsidenten am 21. Februar, also am gleichen Tage wie beim Reichstagspräsidenten Löbe, ausgeführt wurde.

## Englische Verteidigungsmaßnahmen in Shanghai.

Generalkreis in Kantun.

Mit Rücksicht auf die stets wachsende Zahl der an der Grenze der internationalen Konzession ankommenden chinesischen Soldaten haben alle verfügbaren britischen Streitkräfte die äußere Verteidigungslinie besetzt. Die diplomatischen Vertreter der alten Vertragsmächte haben einstimmig eine Erklärung angenommen, in der Besorgnisse hinsichtlich der Auswirkungen der militärischen Ereignisse in der Gegend von Shanghai auf die Sicherheit des Lebens und Eigentums der Ausländer geäußert werden und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Führer der kämpfenden Heere und Parteien alle Maßnahmen ergreifen werden, um Zwischenfälle zu vermeiden, durch die die ausländischen Behörden gezwungen würden, selbst die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.